

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Konjunkturpolitik ist nicht alles

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1967) : Konjunkturpolitik ist nicht alles, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 5, pp. 225-226

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133710>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunkturpolitik ist nicht alles

Jetzt sind die Unternehmer am Zuge — Schiller fordert zu Investitionen in „der Flaute auf“, „Auch vom Verbraucher her ankurbeln — Rosenberg wünscht Ergänzung der Pläne von Professor Schiller“! Mit solchen Schlagzeilen informierte kürzlich unsere Tagespresse über Reden, die bei der Eröffnung der Hannover-Messe und auf Mai-Feiern zur wirtschaftspolitischen Lage gehalten wurden. Auch hier mußte man wieder — wie schon aus der Presseberichterstattung der letzten Wochen — den Eindruck gewinnen, als ginge es in unserer Wirtschaftspolitik lediglich um die Beseitigung einer Vertrauenskrise, als käme es nur darauf an, daß die Verbraucher wieder Mut zum Verbrauchen und die Unternehmer wieder Mut, etwas zu unternehmen, fänden. Zweifellos ist es richtig, daß unsere Wirtschaftspolitik zunächst einmal Konjunkturpolitik sein muß. Denn es kommt darauf an, daß die Nachfrage im Investitions- und Konsumgüterbereich überhaupt wieder zunimmt und daß Einkommen und Beschäftigung wieder ansteigen. Das Hemd sitzt uns nun einmal näher als der Rock. Aber können wir auf lange Sicht, den Tagesproblemen verhaftet, von der Hand in den Mund leben? Sind wir damit bereits unserer mittel- und langfristigen Sorgen ledig, jener Sorgen, die uns die allzu wenig über den Tag hinaus blickende Wirtschaftspolitik der letzten 15 Jahre hinterlassen hat? — Sicherlich nicht!

Auf längere Frist kann es nicht genügen, daß mehr investiert und konsumiert wird — nur wieder wie gehabt. Wenn es stimmt, was schon seit Jahren aus Situationsanalysen und Programmen aller Parteien mittelbar oder unmittelbar zu entnehmen war, wenn es stimmt, daß sich auf den verschiedensten Gebieten, wie in dieser Zeitschrift immer wieder dargelegt (vgl. WD 1964, S. 499 f. und 1965, S. 419 ff.), ein Nachholbedarf an Sozialinvestitionen gebildet hat und daß diese Unterlassungssünden nicht unschuldig an unseren wirtschaftlichen Wachstumsschwierigkeiten sind, so wird dies Folgen für die Festlegung einer künftigen Bedarfsstruktur haben müssen, die besser als die bisherige geeignet ist, langfristigen Anforderungen an unsere Wirtschaftsgesellschaft gerecht zu werden.

In der Marktwirtschaft kann nur derjenige Bedarf berücksichtigt werden, der „durch Kaufkraft legitimiert ist“ (Wilbrandt). Will man den Bedarf verändern, so muß man die Einkommensströme umleiten. In unserer unter pluralistischen Einflüssen stehenden „repräsentativen Demokratie“ sind solche Umleitungen mit Rücksicht auf die vielfältigen Widerstände der negativ Betroffenen nur allmählich in kleinen Schritten möglich. Abrupte Änderungen wären auch gesamtwirtschaftlich wenig zweckmäßig; denn mit Änderungen des Bedarfs muß der Wandel der Produktionskapazitäten Schritt halten. Sonst sind neue Strukturkrisen unausweichlich. Es entstehen Absatzkrisen, wo die Nachfrage zurückbleibt, und übermäßige Preissteigerungen, wo die Nachfrage den neuen Investitionen allzu sehr voreauseilt. Für die inflationistische Wirkung, die von plötzlichen und umfassenden Veränderungen der Bedarfsstruktur ausgeht, haben die Kriegswirtschaften der Vergangenheit immer wieder eindrucksvolle Beispiele geliefert.

Aber gerade weil der Zeitfaktor eine so große Rolle spielt, sollten Entscheidungen über unvermeidliche Bedarfsänderungen nicht auf die lange Bank geschoben werden; zu viel Neues, Unerledigtes wird sich sonst anhäufen und die Lösung nur weiter erschweren. Jedoch, wo nimmt man so schnell die Orientierungshilfen und Maßstäbe für eine mittelfristige Bedarfsplanung her, und wie schafft man sich die erforderlichen institutionellen Bedingungen, um auch danach handeln zu können, wenn einem alle Erfahrung fehlt? Auch Orientierung und Entscheidung erfordern Zeit und die rechte Gelegenheit. Der Staat soll mit seiner mittelfristigen Finanzplanung das nachahmenswerte Beispiel liefern. Unsere konjunktuelle Talfahrt erschwert seine Aufgabe. Die günstige Gelegenheit, die noch 1964/65 vorhanden war, mit steigenden öffentlichen Einnahmen die öffentlichen Investitionen zu verstärken, verspielte die Dahlgrünsche Steuersenkung gegen den Ratschlag der Fachleute (vgl. auch WD 1964, S. 376 ff.). Wer inzwischen die Hoffnung hegte, daß gerade die Finanzmisere alle „öffentlichen Hände“ zwingen würde, erst einmal diejenigen Ausgaben bei sich zu reduzieren, die für unseren Lebensstandard und unser wirtschaftliches Wachstum von zweifelhafter Bedeutung sind, sieht sich getäuscht. Finanznot allein lehrt Regierungen und Behörden noch nicht, Unwichtiges von Wichtigem zu unterscheiden. Entscheidungsfähigkeit und Entscheidungswilligkeit sind in unserer undurchsichtigen und auf Rechte des Besitzstandes pochenden Wirtschaftsgesellschaft schwer zur Entfaltung zu bringen. Die Haushaltsberatungen aller Instanzen werden länger und härter, aber überzeugende Prioritäten in der Ausgabenpolitik werden kaum sichtbar. Man ist meist nicht einmal willens, für diejenigen neuen Vorhaben „grünes Licht“ zu geben, die erst die erforderlichen Entscheidungshilfen liefern könnten. Was aber verdiente mehr, die Prioritätsziffer 1 zu erhalten als alle Maßnahmen, die etwa durch Beschaffung neuer statistischer Daten einen besseren Durchblick durch unsere verworrenen Verhältnisse gestatten würden?

So bleibt als einzige Möglichkeit, auf jenes wirtschaftliche Wachstum zu setzen, das sich aus der Konjunkturbelebung ergibt. Insofern ist es richtig, daß wir uns zunächst einmal um unser Konjunkturdebakel kümmern. Denn in einer Expansionsphase ist es leichter, Prioritäten zu setzen und Proportionen des Bedarfs zu ändern. Dies letztere bleibt aber die Hauptaufgabe, die jenseits aller konjunkturpolitischen Erfolge noch auf uns wartet und um die wir uns nicht immer wieder von neuem herumdrücken können. Sind sich jedoch alle am „Wirtschaftskonzert“ Beteiligten ausreichend darüber im klaren? Wir haben unsere Zweifel. Wir fürchten: Sind wir konjunkturpolitisch erst einmal wieder oben, dann werden die meisten von uns nur zu gern glauben, wir wären wirtschaftspolitisch schon über den Berg und es könne alles beim alten bleiben. Es wäre gut, die Gewerkschaften würden sich bereits heute vergegenwärtigen, daß für unseren Lebensstandard schon lange die Alternative gilt: entweder besserer Gesundheitsdienst und bessere Bildung und Ausbildung oder höhere Privateinkommen und höherer Privatkonsum, daß wir über diese Alternative aber nicht mehr wie bisher entscheiden können und daß deshalb Einkommenszuwächse in Zukunft nicht mehr in erster Linie in die privaten Haushalte fließen können.

Veränderte Bedarfsbildung wiederum hat Konsequenzen für die bedarfsgerechten Wachstumsraten in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Eine erfolgreiche Konjunkturpolitik verlangt, daß die Unternehmerschaft wieder den Mut zur Investition findet. Um jedoch Fehlinvestitionen vermeiden zu können, muß eine reaktive Unternehmerschaft über den nächsten Konjunkturaufschwung hinaus wissen, wohin die Bedarfsentwicklung läuft. Unsere politischen Instanzen in Bund, Ländern und Gemeinden sollten daher möglichst rasch die oft diskutierten mehrjährigen Investitionspläne aufstellen und veröffentlichen, um der Wirtschaft eine ausreichende Orientierungshilfe für ihre eigenen Investitionsentscheidungen zu geben.

Heinz-Dietrich Ortlieb